

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**04 020**                      **Allgemeine Bewilligungen**
**E i n n a h m e n**
**Verwaltungseinnahmen**

119 01	052	Vermischte Einnahmen . . . . .	330 000	300 000	+30 000	329
119 02	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen . . . . . Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 12.	—	—	—	7
119 03	011	Einnahmen der NS-Dokumentationsstelle. . . . . Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 526 30.	—	—	—	8
119 04	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Ver- kehrsunternehmen an Landesbedienstete . . . . . Siehe Vermerke bei Titel 546 04.	—	—	—	1 489
124 00	011	Einnahmen aus der Überlassung von Stellplätzen bei Landesbehörden . . . . .	—	700	-700	—
132 01	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen . . . . .	—	—	—	1

**Übrige Einnahmen**

235 00	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit . . . . . Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 02.	—	—	—	222
236 00	253	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit . . . . . Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 427 50 zu.	—	—	—	9
236 10	251	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Mehrauf- wandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II . .	—	—	—	—
286 10	056	Erstattungen des Europarats im Rahmen des Projekts Twinning of Prisons . . . . .	—	—	—	—
286 20	052	Erstattungen der Europäischen Union im Rahmen des Twinning-Projekts mit Lettland . . . . .	—	—	—	—
331 00	052	Zuweisungen des Bundes . . . . .	5 500 000	5 500 000	—	—

### Erläuterungen

**Zu Titel 119 01:**

1. Einnahmen aus den Erstattungen von Dritten. ....	190 000	EUR
2. Erstattungen der JURIS-GmbH für Leistungen der Dokumentationsstelle bei dem OVG Münster . . . . .	140 000	EUR
Zusammen . . . . .	330 000	EUR

**Zu Titel 119 02:**

Einnahmen aus Werbeanzeigen in Veröffentlichungen.

**Zu Titel 124 00:**

Nach dem Gesetz zur Gestellung von im Eigentum oder im Besitz des Landes stehenden Stellplätzen vom 16.12.1998 (GV. NRW. 1998 S. 738) kann von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bereich der Landesverwaltung für die Überlassung von Stellplätzen grundsätzlich ein angemessenes Entgelt verlangt werden. Hierdurch soll ein Beitrag zur umwelt- und sozialverträglichen Gestaltung des Stadtverkehrs durch eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Verkehrs bei Fahrten von und zur Dienststelle geleistet werden.

Durch den Erwerb bestimmter Fahrausweise des öffentlichen Nahverkehrs tritt eine Befreiung von der Entgeltspflicht ein. Die Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben aus dem Verkauf/Kauf von Firmentickets erfolgt bei Titel 119 04 bzw. bei Titel 546 04.

**Zu Titel 132 01:**

Die Erlöse aus der Verwertung ausgesonderter Dienstkraftfahrzeuge sind seit dem Haushalt 2003 dezentral veranschlagt.

**Zu Titel 331 00:**

Der Bund beteiligt sich an den Kosten des Neubaus des Hochsicherheits-Prozessgebäudes des Oberlandesgerichts Düsseldorf mit insgesamt 16,5 Mio. EURO, die in den Jahren 2005 bis 2007 mit jeweils 5,5 Mio. EURO gezahlt werden.

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

**Titelgruppen**

Titelgruppe 61

Einnahmen im Rahmen der Einführung des elektronischen Grundbuchs

111 61 052	Gebühren und tarifliche Entgelte . . . . .	1 000 000	750 000	+250 000	858
	Summe Titelgruppe 61 . . . . .	1 000 000	750 000	+250 000	858
	Gesamteinnahmen Kapitel 04 020 . . . . .	6 830 000	6 550 700	+279 300	2 922

---

### Erläuterungen

---

**Zu Titel 111 61:**

Einnahmen aus der Einsicht ins elektronische Grundbuch.

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**A u s g a b e n**
**Personalausgaben**

1. 58 (58) Planstellen/Stellen des Einzelplans 04 sind aufgrund der "Organisationsuntersuchung Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000" wie folgt kw: 13 ab 01.01.2008 und 45 ab 01.01.2009 (Verlängerung).
2. 15 (15) Planstellen des richterlichen Dienstes (BesGr. R 1) sind aufgrund der "Organisationsuntersuchung Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000" kw ab 01.01.2007 (Verlängerung).
3. 1.172 (1.364) Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - Arbeitszeitverlängerung - davon, - (66) zum 31.12.2004, - (126) zum 31.12.2005, 310 zum 31.12.2006, 544 zum 31.12.2007 und 318 ab 01.01.2008.
4. - (10) Planstellen/Stellen des (vergleichbar) mittleren Dienstes sind kw ab 01.01.2005 (Beihilfezentralisierung).
5. 135 (-) Planstellen/Stellen des Einzelplans - ausgenommen die Fachbereiche (alle Bereiche außer den Verwaltungsbereichen) der Kapitel 04 210 bis 04 410 - sind kw - 1,5 %-ige Stelleneinsparung -, davon 27 (-) ab 01.01.2006, 27 (-) ab 01.01.2007, 27 (-) ab 01.01.2008, 27 (-) ab 01.01.2009 und 27 (-) ab 01.01.2010.
6. Die Ausgaben der Titel 443 01 und 452 00 sind von der Deckungsfähigkeit nach § 7 Abs. 1 HG ausgenommen.

427 02	253	Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. . . . . Ausgaben dürfen über den Ansatz hinaus insoweit geleistet werden, als entsprechende Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit bei Titel 235 00 zugesichert sind.	1 018 400	1 648 600	-630 200	466
427 50	253	Vergütungen und Löhne für Aushilfen für die Durchführung von Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz . . . Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 236 00.	—	—	—	—
441 01	940	Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung. . . . .	60 843 900	57 880 000	+2 963 900	58 504
441 02	940	Beihilfen in Pflegefällen aufgrund der Beihilfenverordnung. . . . .	351 700	—	+351 700	338
441 03	940	Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen im Bereich der Beamtinnen und Beamten. . . . .	76 100	—	+76 100	73
443 01	940	Fürsorgeleistungen. . . . .	1 691 500	1 639 500	+52 000	1 626
452 00	011	Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit. . . . .	1 389 600	1 300 000	+89 600	1 427
462 10	989	Minderausgabe bei Gruppe 427. . . . .	-2 000 000	-2 000 000	—	—
462 11	989	Minderausgabe wegen Verlängerung der Arbeitszeit . . . Die Minderausgabe ist in der Hauptgruppe 4 - Gruppen 422 und 429 - durch Stellenreduzierungen zu erbringen.	-6 200 000	-5 160 000	-1 040 000	—
462 12	989	Minderausgaben wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 % . . . . .	-540 000	—	-540 000	—

---

 Erläuterungen
 

---

**Zu den Personalausgaben:**

Zu 1:

Die 58 kw-Vermerke zum 31.12.2005 (Haushaltsvermerk zu 1.) sind als Ausgleich für im Kapitel 04 220 im Haushaltsjahr 1992 neu eingerichtete 58 Planstellen und Stellen sowie aufgrund der Organisationsuntersuchung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000 ausgebracht worden. Davon sind verlängert 13 auf "ab 1.1.2008" und 45 auf "ab 1.1.2009".

Zu 2:

Die 15 kw-Vermerke zum 31.12.2006 (Haushaltsvermerk zu 2.) sind ausgebracht aufgrund der Organisationsuntersuchung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000. Diese sind verlängert auf "ab 1.1.2007".

Zu 3:

Die 66 kw-Vermerke "zum 31.12.2004" wurden realisiert in den Kapitel 04 010 (1), 04 210 (59), 04 220 (2), 04 230 (1), 04 250 (2) und 04 410 (1). Die 126 kw-Vermerke "zum 31.12.2005" wurden realisiert in den Kapiteln 04 010 (1), 04 210 (109), 04 230 (5), 04 250 (3) und 04 410 (8).

Zu 4.:

Die Realisierung der 10 kw-Vermerke erfolgt in Kapitel 04 210, Titel 422 01 (3) und 429 00 (7).

**Zu Titel 427 02:**

Zentrale Veranschlagung des Landesanteils für allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Einzelplan 04.

**Zu Titel 427 50:**

Fördervoraussetzung für die Leistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der Altersteilzeit ist der Nachweis der Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Altersteilzeitgesetz. Die erforderlichen Landesmittel für eine Wiederbesetzung der durch Altersteilzeit freigewordenen Stellen werden bei dieser Haushaltsstelle nachgewiesen.

**Zu Titel 443 01:**

1. Unfallfürsorge für Beamte/Beamtinnen (Richter/Richterinnen) und sonstige Amtsträger nach dem Landesbeamtengesetz .....	1 067 000 EUR
2. Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden .....	50 000 EUR
3. Kosten der Röntgenreihenuntersuchungen und der Schutzimpfungen für Bedienstete .....	203 000 EUR
4. Kosten für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst .....	280 000 EUR
5. Sonstiges .....	91 500 EUR
Zusammen .....	<u>1 691 500 EUR</u>

**Zu Titel 452 00:**

Erstattung von Arbeitslosengeld an die Bundesagentur für Arbeit sowie Ausgleichszahlungen an die Rentenversicherungsträger zur Vermeidung rentenrechtlicher Nachteile im Rahmen der sog. 58er-Regelung (SGB VI, AFG).

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>					
514 10 254	Verbrauchsmittel . . . . .	—	—	—	—
518 02 011	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge. . . . .	20 000	11 000	+9 000	7
518 04 011	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW . . . . . Einsparungen bei diesem Titel verstärken alle Titel 518 04 des Einzelplans.	—	—	—	—
525 01 011	Aus-(und Fort)bildung der Bediensteten . . . . . <b>Verpflichtungsermächtigung: 300 000 EUR.</b>	250 000	240 000	+10 000	161
525 20 011	Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechtswesens. . . . . Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	100 000	100 000	—	90
525 30 011	Fortbildung der Bediensteten . . . . . 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. <b>Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.</b>	800 000	800 000	—	902
525 40 011	Seminare, Workshops und ähnliche Veranstaltungen zur strukturellen Erneuerung in der Justiz. . . . . 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. <b>Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.</b>	800 000	800 000	—	654
526 10 011	Kosten für empirische Justizforschung . . . . . <b>Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.</b>	240 000	240 000	—	61
526 20 011	Kosten der Entwicklung eines Haushaltscontrollingsystems. . . . .	80 000	80 000	—	—

---

 Erläuterungen
 

---

**Zu Titel 514 10:**

Zur Verbuchung etwaiger Kosten für Bildschirmbrillen.

**Zu Titel 518 02:**

Veranschlagt insbesondere für die Anmietung von Fahrzeugen.

**Zu Titel 525 01:**

Bei diesem Titel werden Mittel veranschlagt u.a. für folgende Schulungsmaßnahmen:

- sozialtherapeutische Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Strafrechtspflege und im Strafvollzug auf dem Gebiet der Suchtkrankenhilfe,
- psychotherapeutische Fortbildung von Anstaltspsychologinnen und -psychologen für den Umgang mit Sexualstraftätern
- Ausbildung von sozialen Ansprechpartnerinnen und -partnern
- Ausbildung im Rahmen des Personalentwicklungskonzepts der Landesregierung (PEEK)
- Aufbaustudiengang Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre
- Qualifizierung von internen Organisationsberaterinnen und -beratern
- Ausbildung von Richterinnen und Richtern zur Mediatorin/zum Mediator
- Ausbildung von justizeigenen Supervisorinnen/Supervisoren.

**Zu Titel 525 20:**

Zur Zahlung

- der Unterrichtsvergütung und Reisekosten der Referenten der Lehrgänge, die z.B. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) für Juristen aus Europa und den USA durchgeführt werden,
- der Kosten, die sich aus der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, z.B. Osteuropas oder Asiens, auf dem Gebiet der Rechtspflege ergeben,
- der Kosten, die durch Gastbesuche anderer ausländischer Juristen oder sonstiger Fachleute zur Unterrichtung über deutsches Recht und deutsche Justizeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen entstehen.

Der Europarat bzw. die Europäische Kommission erstattet die Kosten, die im Zusammenhang mit den Partnerschaften zwischen russischen und nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten im Rahmen des Europarat-Projekts "Twinning of Prisons" anfallen.

**Zu Titel 525 30:**

1. Kosten der vom Justizministerium veranlassten Fortbildungsmaßnahmen . . . . .	210 000 EUR
2. Kosten der von der Justizakademie des Landes NRW bzw. von der Fachhochschule für Rechtspflege NRW veranlassten Fortbildungsmaßnahmen . . . . .	370 000 EUR
3. Kosten der auf Bezirksebene durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen. . . . .	220 000 EUR
Zusammen . . . . .	800 000 EUR

Veranschlagt sind alle im Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals anfallenden Kosten (mit Ausnahme der in den Titeln 525 01 und 525 40 veranschlagten Schulungsmaßnahmen), insbesondere die anfallenden Vortrags-/Unterrichts- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter (auch der von NRW auszurichtenden Tagungen der Deutschen Richterakademie).

**Zu Titel 525 40:**

Veranschlagt sind die bei der Durchführung von Schulungsmaßnahmen zur Unterstützung der strukturellen Erneuerung der Justiz anfallenden Kosten, insbesondere die Vortrags- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter. Umfasst sind folgende Maßnahmen:

- a) Führungfortbildung
- b) Maßnahmen der Organisationsentwicklung und -beratung.

**Zu Titel 526 10:**

Die Mittel werden benötigt für die Betreuung interner Untersuchungen sowie externer Forschungsvorhaben, Druckkosten und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben. In den Mitteln sind auch Kosten zur Deckung des Aufwands für Veranstaltungen, insbesondere für Bewirtungs- und Reisekosten von nicht im Justizdienst des Landes NRW stehenden Personen, enthalten.

**Zu Titel 526 20:**

Der Ansatz dient der Entwicklung und Einführung eines Kosten- und Leistungsrechnungssystems in der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen.

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
526 30 011	Kosten der NS-Dokumentationsstelle . . . . . Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.	50 000	50 000	—	46
526 40 011	Kosten für externe Beratungsleistungen im Rahmen der strukturellen Erneuerung der Justiz. . . . .	70 000	70 000	—	7
529 10 011	Zur Verfügung der Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Justizministers. . . . .	45 500	45 500	—	38
529 20 011	Aufwand für Personalvertretungen . . . . . Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Personalvertretungen als ver- ausgabt.	49 500	49 500	—	45
529 30 011	Aufwand der Schwerbehindertenvertretungen . . . . .	5 100	5 100	—	4
531 11 013	Öffentlichkeitsarbeit. . . . . Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 12.	86 500	86 500	—	78
531 12 013	Veröffentlichungen zur Information der Bürger aus Fach- bereichen des Ministeriums. . . . . 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 11. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 02 geleistet werden. 3. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentli- chungen und sonstiges Informationsmaterial an Dritte unentgeltlich (oder gegen ermäßigtes Entgelt) abgegeben werden, soweit dies im dienstlichen Interesse erforderlich ist.	112 400	112 400	—	117
532 10 052	Auslagen in Rechtssachen . . . . . Die Ausgaben dienen der Verstärkung der Ansätze der Titel der Gruppe 532 in den Kapiteln	43 000 000	43 000 000	—	—
542 01 299	Ausgleichsabgabe nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neun- tes Buch - (SGB IX). . . . . Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 542 01 der Kapitel 01 010, 02 020, 03 020, 05 020, 08 020, 10 020, 11 020, 12 020, 13 010, 14 020 und 15 020.	—	150 000	-150 000	—
546 01 011	Vermischte Ausgaben . . . . .	96 000	115 000	-19 000	72
546 04 011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrs- unternehmen . . . . . 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 04 verstärken oder ver- mindern diesen Ansatz. 3. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 S. 3 LHO).	—	—	—	1 432
547 10 011	Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsan- waltschaften . . . . .	3 000 000	3 000 000	—	94
549 00 989	Minderausgaben bei Mieten und Pachten im gesamten Einzelplan . . . . . Die Minderausgabe kann auch bei anderen Titeln der Obergruppen 51 bis 54 erwirtschaftet werden.	-7 173 500	—	-7 173 500	—
549 10 989	Minderausgabe bei den sächlichen Verwaltungsausga- ben des Einzelplans 04. . . . .	-12 772 400	-6 607 400	-6 165 000	—

---

## Erläuterungen

---

**Zu Titel 526 30:**

Kosten der NS-Dokumentationsstelle in der Justizakademie des Landes NRW in Recklinghausen.

**Zu Titel 529 20:**

Zur Deckung des Aufwandes der Personalvertretungen nach § 40 Abs. 2 Landespersonalvertretungsgesetz vom 3. 12. 1974 (SGV.NW. 2035).

**Zu Titel 531 11:**

Die Mittel sind zur Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial sowie zur Durchführung öffentlichkeitsrelevanter Veranstaltungen bestimmt. Im einzelnen sind vorgesehen:

- a) Auslagen der Pressedezernenten einschl. Mitgliedsbeiträge im Deutschen Presseclub,
- b) Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der nachgeordneten Dienststellen, Einführung und Verabschiedung von Behördenleitern,
- c) Sonstiges (z. B. Kranzspenden).

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen; eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

**Zu Titel 531 12:**

Die Mittel sind zur Unterrichtung der Bürger über die Aufgaben der Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen bestimmt.

Im Einzelnen sind vorgesehen:

- a) Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial,
- b) Dokumentationen von Fachtagungen, Informationsgesprächen und sonstigen Veranstaltungen,
- c) Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial; dazu gehört insbesondere eine Faltblattreihe des Justizministeriums,
- d) Veröffentlichungen zur Justizstatistik, Gerichtsorganisation, Strafrechtspflege und zum Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen.

**Zu Titel 532 10:**

Der Ansatz ist zur Verstärkung der Ansätze für die Titel der Gruppe 532 im Einzelplan bestimmt, um die aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes entstehenden Mehrausgaben abzudecken.

**Zu Titel 542 01:**

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die in § 71 Abs. 1 bzw. Abs. 2 SGB IX vorgeschriebene Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte nicht erreichen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist abhängig von der Beschäftigungsquote (§ 77 Abs. 2 SGB IX). Sie ist jährlich an den Landschaftsverband Rheinland - Integrationsamt - abzuführen. Die Abrechnung erfolgt jeweils für das vorangegangene Kalenderjahr. Die Haushaltsstelle dient der Abwicklung der Ausgleichsabgabe. Die Durchführung obliegt dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW.

**Zu Titel 547 10:**

Die Mittel sind zur Beauftragung privater Sicherheitsdienste für die Eingangskontrollen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestimmt.

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Funkt.- Kennziffer	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
			2006 EUR	2005 EUR	2006 EUR	2004 TEUR
549 20	989	Minderausgabe durch Zentralisierung des Gebäudemanagements. . . . .	-2 182 000	-2 182 000	—	—
549 30	989	Minderausgabe aufgrund der Absenkung der Indexierung der BLB-Mieten. . . . .	—	-638 000	+638 000	—
<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>						
632 10	011	Anteil des Landes an den Kosten einer Kriminologischen Zentralstelle. . . . .	80 000	80 000	—	73
632 20	011	Anteil des Landes an den Betriebskosten der Deutschen Richterakademie. . . . .	380 000	353 300	+26 700	340
632 30	011	Anteil des Landes an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme der Personalbedarfsberechnung. . . . .	—	220 000	-220 000	107
636 10	011	Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit. . . . .	—	—	—	—
681 00	251	Mehraufwandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II. . . . .	—	—	—	—
685 10	011	Zuschuss des Landes zu den Kosten des 65. Deutschen Juristentages in Bonn. . . . .	—	—	—	130
<b>Ausgaben für Investitionen</b>						
711 13	871	Baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften. . . . . Verpflichtungsermächtigung: 6 188 000 EUR.	6 188 000	6 188 000	—	5 756
<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>						
971 50	988	Zur Deckung von Ausgaberesten. . . . . Die Deckungsmittel dürfen nur bis zur Höhe der bei den Titeln der Hauptgruppe 5 sowie der Obergruppe 81 entstandenen Ausgabereste des Einzelplans 04 mit Ausnahme des Kapitels 04 020 zur Deckung herangezogen werden.	3 254 000	—	+3 254 000	—
972 00	989	Globale Minderausgabe. . . . .	—	-18 739 000	+18 739 000	—

---

 Erläuterungen
 

---

**Zu Titel 632 10:**

Aus diesem Titel wird der auf das Land NRW entfallende Kostenanteil der Kriminologischen Zentralstelle geleistet. Der veranschlagte Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung des Landes NRW an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle.

**Zu Titel 632 20:**

Dieser Titel enthält die Mittel der auf das Land NRW entfallenden Betriebskosten der Deutschen Richterakademie für alle Zweige der Gerichtsbarkeit. Der Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung an den Kosten der Deutschen Richterakademie, Tagungsstätten Trier und Wustrau. Die Reisekosten der Tagungsleiter werden aus Titel 525 30 gezahlt.

**Zu Titel 632 30:**

Dieser Titel enthält den auf das Land NRW entfallenden Anteil an den Kosten für das Projekt PEBBSY "Fachgerichtsbarkeiten".

**Zu Titel 636 10:**

Seit dem Haushalt 2003 veranschlagt bei Titel 452 00.

**Zu Titel 711 13:**

Veranschlagt sind die Bauausgaben für die baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verbesserung des baulichen Sicherheitsstandards.

Voraussichtliche Gesamtkosten lt. berechtigter Kostenschätzung .....	66 524 800	EUR
Verausgabt 1995 bis 2004 .....	41 445 558	EUR
Bewilligt 2005 .....	6 188 000	EUR
Veranschlagt 2006 .....	6 188 000	EUR
Vorbehalten .....	12 703 242	EUR

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**Titelgruppen**
**Titelgruppe 60**
**Ausgaben für die Informationstechnik**

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Siehe Deckungsvermerk (Haushaltsvermerk Nr. 2) zur Titelgruppe 61.

511 60	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände .....	2 800 000	2 600 000	+200 000	3 410
518 60	052	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen , Überlassungsvergütungen.....	—	30 000	-30 000	—
526 60	052	Sachverständige und ähnliche Kosten .....	500 000	1 350 000	-850 000	118
538 60	052	Ausgaben für Datenverarbeitung .....	4 970 000	4 100 000	+870 000	5 768
		Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).				
		<b>Verpflichtungsermächtigung: 1 000 000 EUR.</b>				
546 60	052	Vermischte Ausgaben .....	1 660 000	1 650 000	+10 000	5 316
		Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).				
547 60	014	Aufwendungen für Leistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik.....	13 785 400	316 500	+13 468 900	317
712 60	052	Baumaßnahmen .....	—	—	—	488
812 60	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen .....	28 834 000	33 104 000	-4 270 000	19 608
		<b>Verpflichtungsermächtigung: 10 000 000 EUR.</b>				
		Summe Titelgruppe 60 .....	52 549 400	43 150 500	+9 398 900	35 025

---

 Erläuterungen
 

---

**Zu Titel 511 60:**

1. Geschäftsbedarf . . . . .	810 000 EUR
2. Bücher und Zeitschriften . . . . .	— EUR
3. Kommunikation . . . . .	1 200 000 EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände . . . . .	790 000 EUR
5. Sonstiges . . . . .	— EUR
Zusammen . . . . .	<u>2 800 000 EUR</u>

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

**Zu Titel 518 60:**

Mieten für Datenverarbeitungsanlagen und laufende Vergütungen für die Nutzung von Grund- und Standardsoftware.

**Zu Titel 538 60:**

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

**Zu Titel 546 60:**

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung von IT-Vorhaben, Kosten der IT-Ausbildung und der Anwenderschulung.

**Zu Titel 547 60:**

Im Haushaltsjahr 2003 erstmalig eingerichtet. Umsetzung aus Epl. 03, Kapitel 03 610 Titel 632 20.

Die Leistungen der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren werden gemäß den Betriebssatzungen aufgrund von den mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen ab 2006 gegen Entgelt erbracht. Die bis zum Jahr 2005 im Epl. 03 veranschlagten Betriebskostenzuschüsse sind daher aufgelöst worden. Die Haushaltsmittel wurden auf die auftraggebenden Ressorts entsprechend der bisherigen Inanspruchnahme der Rechenzentren verteilt.

**Zu Titel 712 60:**

Verkabelung von Dienstgebäuden.

**Zu Titel 812 60:**

1. Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software sowie Beschaffung von Kleinrechnersystemen, Ausstattung von Arbeitsplätzen mit IT-gerechtem Mobiliar . . . . .	28 834 000 EUR
2. Beschaffung von Systemen zur Gleitzeiterfassung und -auswertung . . . . .	— EUR
Zusammen . . . . .	<u>28 834 000 EUR</u>

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR	
Funkt.- Kennziffer						
Titelgruppe 61						
Ausgaben für die Einführung des elektronischen Grundbuchs						
1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.						
2. Die Ausgaben sowie die Verpflichtungsermächtigung der Titelgruppe dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Ausgaben und den Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 60 überschritten werden.						
511 61	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände .....	—	—	—	780
518 61	052	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen, Überlassungsvergütungen .....	—	—	—	—
526 61	052	Sachverständige und ähnliche Kosten .....	—	—	—	66
538 61	052	Ausgaben für Datenverarbeitung .....	—	—	—	702
Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).						
546 61	052	Vermischte Ausgaben .....	—	—	—	651
Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).						
712 61	052	Baumaßnahmen .....	—	—	—	—
812 61	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen .....	8 641 000	8 641 000	—	5 514
		<b>Verpflichtungsermächtigung: 2 000 000 EUR.</b>				
		Summe Titelgruppe 61 .....	8 641 000	8 641 000	—	7 714
Titelgruppe 78						
Zusätzliche IT-Ausstattung und sonstige Maßnahmen zum Ausgleich von Personalabbau						
812 78	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen .....	—	—	—	5 775
		Summe Titelgruppe 78 .....	—	—	—	5 775
		Gesamtausgaben Kapitel 04 020 .....	154 400 700	134 729 500	+19 671 200	121 159
		Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 020 .....	20 088 000	31 437 000	-11 349 000	

## Erläuterungen

**Zu Titel 511 61:**

1. Geschäftsbedarf . . . . .	— EUR
2. Bücher und Zeitschriften . . . . .	— EUR
3. Kommunikation . . . . .	— EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände . . . . .	— EUR
5. Sonstiges . . . . .	— EUR
Zusammen . . . . .	— EUR

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

**Zu Titel 518 61:**

Mieten für Datenverarbeitungsanlagen und laufende Vergütungen für die Nutzung von Grund- und Standardsoftware.

**Zu Titel 538 61:**

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

**Zu Titel 546 61:**

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung des elektronischen Grundbuchs, Kosten der Ausbildung und der Anwenderschulung.

**Zu Titel 712 61:**

IT-veranlasste Maßnahmen der baulich- technischen Herrichtung der Grundbuchämter und des Rechenzentrums.

**Zu Titel 812 61:**

Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software.

Gesamtinvestitionsvolumen zur Einführung des elektronischen Grundbuchs	70.303.000
Ist-Ausgabe bis 2004	31.772.965
Haushaltsansatz 2005	8.641.000
veranschlagt 2006	8.641.000
Vorbehalten	21.248.035